

Gemeinsamer Antrag Nr. 6

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,
der Alternativen, Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen,
des Gewerkschaftlichen Linksblocks,
der Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative-International,
der Bunten Demokratie für Alle

an die 178. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 9. November 2022

Medienvielfalt sichert Demokratie – Demontage von Medien der Republik stoppen!

Die österreichische Medienlandschaft ist im Umbruch. Allein in den vergangenen Wochen wurden folgende geplante Veränderungen öffentlich:

- Der Generaldirektor des ORF hat angekündigt, das Nachrichtenvolumen der „blauen Seite“ (www.orf.at) zu reduzieren.
- Den Qualitäts-Radiosendern des ORF, Ö1 und FM4, stehen harte Sparmaßnahmen bevor.
- Die Wiener Zeitung soll als Tageszeitung eingestellt werden und damit ihre informative Bedeutung verlieren – und auch ihren Status als älteste Tageszeitung der Welt. Dutzende Arbeitsplätze sind dadurch gefährdet.

Bei diesen Medien handelt es sich allesamt um Medien im Eigentum der Republik Österreich. Die Verantwortung für ihre Existenz, finanzielle Ausstattung und somit journalistische Qualität ist gesetzlich vorgegeben. Die Bundesregierung bzw ihre Mehrheit im Nationalrat hätte direkten Spielraum, diese Medien unmittelbar mit ausreichend finanziellen Mittel auszustatten.

Diesem Sparprogramm steht eine Inseratenpolitik der Bundesregierung gegenüber, deren Mittel de facto unbeschränkt sind und die nach keinen wie immer gearteten Kriterien abgewickelt wird. Durch die angekündigten Pläne neuer Transparenzregeln soll diese komplett fehlende Nachvollziehbarkeit der Inseratenpolitik zwar zaghaft entschärft werden; aber auch nach dieser Reform wird es Mitgliedern der Bundesregierung möglich sein, mit kreativen Erklärungen über Werbegelder ohne gesetzliche Grundlage willkürlich und ad hoc Millionen-Beträge an Medien zu verteilen. Mit dieser Form der „Medienförderung“ und „Medienpolitik“ verteilt die Bundesregierung jedes Jahr zwischen 40 und 50 Millionen Euro nach eigenem Ermessen an Medien. Das ist mehr als fragwürdig, denn Vorgänge wie jene rund um das so genannte „Beinschab-Österreich-Tool“ zeigen, dass diese Gelder nicht immer im Sinne einer inhaltlich zweckmäßigen Regierungsinformation verwendet werden.

Demgegenüber wird in klassische Presseförderung weniger als 10 Millionen Euro im Jahr investiert. Die Werbeausgaben der Ministerien zeigen allerdings, dass ausreichend budgetäre Mittel vorhanden wären, um die Medien der Republik solide zu unterstützen und Medienvielfalt insgesamt sicherzustellen.

Erste positive Tendenzen zum Willen, Medienvielfalt zu erhalten, sind in Teilen des geplanten Pakets zur Medienförderung erkennbar. Am 6. Oktober 2022 hat Medienministerin Susanne Raab angekündigt, in Zukunft 20 Millionen Euro an zusätzlicher Medienförderung zur Verfügung zu stellen, die qualitätsvollen Journalismus

nach definierten Qualitätskriterien (Redaktionsstatut, Bezahlung nach Kollektivvertrag, Frauenförderpläne) unterstützen soll. Diese Förderungen sollen nicht nur klassische Printmedien, sondern auch Online-Medien und Straßenzeitungen beziehen können.

Durch die vorgesehene Unterfinanzierung der Medien der Republik gefährdet die Bundesregierung allerdings die Vielfalt der österreichischen Medienlandschaft. Das schränkt auch die Möglichkeit der AK-Mitglieder massiv ein, sich seriös und ausgewogen informieren zu können.

Darüber hinaus ist die zukünftige Finanzierungsbasis des ORF völlig ungeklärt. Gemäß einem Urteil des VfGH vom 18. Juli 2022 darf der ORF in Zukunft das Programmengeld nicht mehr über die bekannte GIS-Gebühr einheben. Eine Lösung zur zukünftigen stabilen Finanzierung des ORF steht auch Monate nach diesem Richter:innen-Spruch noch aus. Um dem ORF weiterhin möglichst große Unabhängigkeit zu sichern, darf diese Finanzierung nicht aus dem Bundesbudget erfolgen und jährlich neu verhandelt werden müssen.

Insgesamt ist durch dieses mangelhafte medienpolitische Agieren der Bundesregierung die journalistische Qualität in Österreich in Gefahr. Die Möglichkeit, sich vielseitig und unabhängig von kommerziellen oder politischen Interessen informieren zu können, ist fundamentale Voraussetzung für eine freie Meinungs- und Willensbildung in einer demokratischen Gesellschaft. Die Bundesregierung ist dazu aufgerufen, die dafür notwendige Medienvielfalt zu sichern – in erster Linie durch eine solide Finanzierung der republik-eigenen Medien.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert daher:

- **Die Bundesregierung möge sicherstellen, dass der ORF weiterhin über ausreichende finanzielle Mittel verfügt, um seinem gesetzlichen Auftrag allumfassend nachkommen zu können. Dafür ist die Finanzierung des ORF nachhaltig sicherzustellen. Diese Finanzierung muss ausreichend gesetzlich abgesichert sein.**
- **Kurzfristig muss die Finanzierung des ORF derart sichergestellt werden, dass die angekündigten Sparmaßnahmen bei den Radiosendern Ö1 und FM4 nicht durchgeführt werden.**
- **Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Wiener Zeitung als Tageszeitung zu erhalten. Zusätzlich zu dieser Maßnahme sollen der Online-Auftritt und die Journalist:innen-Ausbildung im Portfolio der Wiener Zeitung gestärkt werden. Die zur Verfügung stehenden Finanzmittel sollen auch sicherstellen, dass die Wiener Zeitung ausreichend Ressourcen zur Verfügung hat, um ihre Medienprodukte branchenüblich vermarkten zu können.**
- **Generell wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, die Medienvielfalt in Österreich zu erhalten und den in Österreich lebenden Menschen die Möglichkeit zu geben, sich ausgewogen und aus mehreren qualitätsvollen Quellen ausgewogen informieren zu können.**
- **Zur Finanzierung dieser Punkte wird die Bundesregierung aufgefordert, ihre Werbebudgets entsprechend anzupassen.**
- **den Ausbau von Redaktionsstatuten, um Journalist:innen und Redaktionen vor unautorisierten Eingriffen in ihre Arbeit zu schützen**
- **eine Medienförderung, die sich an klaren Qualitätskriterien (u.a. auch Redaktionsstatuten) orientiert**
- **die baldige Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich